

„Berliner Tageblatt“

erschient täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe auszugeben wird.



Abonnements-Preis

für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustrierte „Wochenblatt“...

Berliner Tageblatt.

Nummer 185.

Berlin, Sonnabend, den 13. April 1901.

XXX. Jahrgang.

Siehe die Wochenbeilage „Haus, Hof, Garten“ (Mittheilungen über Landwirtschaft, Gartenbau und Hauswirtschaft) Nr. 15.

Das Gemeindesteuerverprivilegium der Beamten.

Das ist eine lange Geschichte, und vielerlei ließe sich von ihr erzählen. Doch begnügen wir uns mit der Darstellung der jüngsten Entwicklungssphäre.

gegenwärtig a) Kommunalbeamte, b) Geistliche, Kirchenbeamte, c) Lehrer, d) Staatsbeamte, welche nicht Mitglieder städtischer Behörden sein dürfen, e) alle übrigen Staatsbeamten auf die drei Wählerabteilungen vertheilt, wie die Vertheilung sich gestalten würde nach Aufhebung der Privilegien, und wie endlich das Verhältniß der einzelnen Wählerabteilungen zu einander dadurch beeinflusst werden würde.

Sollte die Staatsregierung sich mit der Erhebung einer beratenden Statistikkommission erklären, so würde dadurch ein sehr werthvolles Material zu Stande gebracht werden, das einer etwaigen gesetzlichen Veranordnung dieser Frage sehr bedeutend ins Gewicht fiele.

Vom Realschulmännertage in Kassel.

Sehr interessante Verhandlungen gab es auf der Delegirtenversammlung des Allgemeinen deutschen Realschulmännertages, die nach mehrjähriger Pause dieser Tage in Kassel zusammengetreten war.

Von Anfang an ging das Verhandlungsprogramm in die Richtung der Reform der Realschulmännertage, und mit erklärlicher Genehmigung konnte der Vorsitzende, Direktor Dr. Steinbart, Duisburg, in seinem Vortrage auf die fünfundsiebzig Arbeitsjahre des Vereins feststellen, daß man jetzt endlich begonnen habe, die Schulreform beim rechten Ende, bei dem Ende, das der Verein immer empfohlen habe, anzufassen.

Ein merkwürdiger Zufall! — Auch nach Direktor Dr. Steinbart sich von der jetzt inaugurierten Schulreform verabschieden, möchten wir als ein jederständiges Urtheil besonders hervorheben: „Zeit, nach 25 Jahren, erleben wir, daß die Schulreform am rechten Ende angefaßt worden ist.“

Die höheren Schulen sind an einen entscheidenden Wendepunkt gelangt, ja sie haben sich vielleicht schon hinter sich. Die Schulreform von 1900 — die ein Zeugnis dafür war, daß man sich bewegt hat — hat zur praktischen Ueberzeugung geführt, daß in dem Realschulmännertage die alte lateinische Schule wieder aufgefunden sei und sich bewahrt habe, daß dagegen die Einheitslehre eine Unmöglichkeit sei.

Die Differenzierung der Wege sei notwendig, ebenso die Gleichzeitigkeit des modernen mit dem klassischen Gymnasium, und das Realschulmännertage müsse zum Reim des klassischen Unterrichts führen.

Zu dieser Angelegenheit hat ein Mitglied der Petitionskommission für das Gemeindesteuerverprivilegium folgenden Antrag gestellt: „Die Kommission für das Gemeindesteuerverprivilegium ist der Ansicht, daß die Privilegien der Beamten in der Weise zu beseitigen sind, wie es in dem Entwurfe der Kommission für das Gemeindesteuerverprivilegium enthalten ist.“

Widerpruch der Juristen, Theologen und Mediziner gegen die Zulassung der Reabilitirten zu befehlen. Die Fragepunkte seien die juristischen Fakultäten und Berufsstände. Bei diesen sei es nicht nur Idealismus, sondern auch Bornehmlichkeit, der sie zu Gegnern der Reabilitirten mache.

Über den Idealismus, der uns Modernen beselen sollte, sind Prof. Dr. K. v. Heusinger's Worte: „Das Wesen des deutschen Idealismus habe sich ganz geändert; früher sei er ästhetisch-literarisch-romantisch gewesen, jetzt sei er mehr ein Idealismus der That, der Arbeit, der Hingebung an die großen Zwecke der Gesellschaft und des Staats.“

Die Veranlassung nahm den feststehenden Vortrag des Berliner Hochschullehrers mit lebhaftem Beifall auf; sie nahm schließlich ein einstimmig folgende Erklärung an:

1. Der Realschulmännertag erwartet, daß die im kaiserlichen Erlass anerkannte Gleichberechtigung der auf den höheren Schulstellen von reifem Bildungsweg erlangten Bildung die Gleichberechtigung zur Folge haben wird.

Zum Schluß sei noch die Anweisung wiedergegeben, die Professor Paulsen von der statistischen Verwaltung der Neugestaltung des Schulwesens in Petersburg an Zahl der Zugänge wie der Ausfälle hat nachzusehen, die Durchschnittszahlen, wenn auch nicht so stark wie bisher; dagegen werden die Gymnasien an Zahl und Frequenz allmählich abnehmen.

Die wahre Veranlassung der Ernennung des Generals Wamowski zum Unterrichtsminister.

Einem unserer Petersburger Korrespondenten schreibt man:

Der erste Eindruck, den die Ernennung des Generals Wamowski zum Unterrichtsminister in Petersburg und ganz Russland und noch weit mehr in übrigen Europa gemacht hat, war ein geradezu verblüffender. Mit Recht hat man sich gefragt, sollen die Zeiten Nikolaus I. wieder aufleben? Ist es nicht geradezu ein Hohn auf die Bestrebungen der russischen Studenten und den allgemein tief empfundenen Unwillen, der in Tausenden dieser jungen Männer lebt, wenn nun nach der gewiß auf das Tiefste zu beklagenden Ermordung Bagolepows — die doch immer nur als der gewaltthätige, spontane Ausbruch einer vergeblich nach größerer Freiheit ringenden Bewegung verstanden wird — statt eines angelegentlichst empfohlenen Kandidaten ein Soldat zur Leitung desselben gewählt wird?

Und dennoch tritt in diesem Falle für Alle, welche die Verhältnisse näher kennen, die Person eines tüchtigen Generals für die schnelle Besetzung der verhängnisvollen Amdenentruhen beinahe von selbst in den Vordergrund; denn in erster Linie ist es ein militärisches Geheiß, welches die Bewegung so schnell in eine so überaus able Richtung gebracht hat.

Nach diesem Geheiß sollten ohne Rücksicht auf das verhängnisvolle Alter und die Vortheile der Wohnung und auch ohne Rücksicht auf irgend welche sonstigen Vorrechte, die höhere Bildung oder häusliche Verhältnisse bedingten konnten, junge Leute der höchsten Bildungsanstalten, das heißt also vornehmlich der Universitäten, für Aufnahme an politischen Demonstrationen, Aufzügen im politischen Sinne, Teilnahme an Unruhen in und außerhalb der Universitäten und schließlich auch wegen andauernden Fortbleibens von dem Unterricht auf den Anstalten von den Universitäten relegirt und sofort in das Heer eingeeilt werden.

Die Entscheidung über die Anwendbarkeit der zu ergriffenden Maßnahme liegt in den Händen einer Kommission, welcher der